

Wegweiser - Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus

Welche Ziele verfolgt das Programm?

Wegweiser will den Einstieg der vorwiegend jungen Menschen in den gewaltbereiten Salafismus verhindern, sich aber auch um diejenigen kümmern, die bereits erste Schritte in Richtung dieser Szene unternommen haben. Das Programm bietet auch Familienangehörigen und dem Umfeld sich möglicherweise radikalisierender Personen (z.B. Freunde, Lehrer) konkrete und individuelle Beratung und Unterstützung. Wegweiser respektiert religiöse Überzeugungen, aber keine Gewalt zur Durchsetzung extremistischer Ziele.

An welchem Vorbild orientiert sich Wegweiser?

Die Konzeption und konkrete Ausgestaltung von Wegweiser ist ein innovativer Ansatz und in Deutschland bislang einmalig. Das Programm liegt genau auf der Linie der EU-Strategie zum präventiven Vorgehen gegen terroristische und extremistische Tendenzen. Die Umsetzung ist jeweils auf die Bedingungen vor Ort zugeschnitten. Es gibt keine allgemeine Konzeptschablone.

Was ist Salafismus?

Extremistischer Salafismus ist ein Phänomen, das die Sicherheitsbehörden seit einigen Jahren intensiv beschäftigt und die gesamte Gesellschaft auch in Zukunft vor große Herausforderungen stellen wird. Einen Beitrag zur Aufklärung und zum Verständnis des Phänomens in allgemein verständlicher Form leistet die Broschüre „Extremistischer Salafismus als Jugendkultur – Sprache, Symbole und Style“. Sie bietet eine Hilfestellung zum Erkennen von Veränderungen und der möglichen Hinwendung zum Salafismus. Die Broschüre kann über die Webseite www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/publikationen/broschueren.html als Dokument heruntergeladen oder als Papiausgabe bestellt werden.

Wer ist an Wegweiser beteiligt?

Wegweiser ist eine Initiative des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Inneres und Kommunales (Abteilung Verfassungsschutz) in Zusammenarbeit mit lokalen Netzwerkpartnern wie Vereinen, Sozialverbänden, Moscheegemeinden, kommunalen Ämtern, Familienberatung, Jobcenter und Polizei. Die kommunalen Partner und das Ministerium suchen gemeinsam nach einem für die

jeweilige Stadt oder Region am besten geeigneten Träger für die Durchführung von Wegweiser vor Ort. Der Verfassungsschutz koordiniert das Programm und bringt als Netzwerkpartner seine Expertise ein. Er nimmt jedoch keinen Einfluss auf die konkrete, auf Vertraulichkeit basierende Beratungsarbeit vor Ort.

Wer sind die Ansprechpartner vor Ort?

Vor Ort gibt es persönliche Ansprechpartner, die von dem Wegweiser-Träger vor Ort eingestellt sind. Sie sind mit den relevanten Akteuren vor Ort gut vernetzt, haben in der Regel einen pädagogischen Hintergrund, Erfahrung in der Beratungsarbeit und im Umgang mit jungen Menschen. Darüber hinaus zeichnen sie sich durch fundierte Kenntnisse über den Islam sowie durch Mehrsprachigkeit aus. Sie beraten die Hilfesuchenden, aktivieren relevante Kontakte bzw. initiieren konkrete Maßnahmen und entwickeln gemeinsam individuell abgestimmte Lösungsstrategien. Sie begleiten den gesamten Beratungsprozess.

Was unterscheidet Wegweiser von „klassischen“ Aussteigerprogrammen?

Wegweiser ist ein umfassendes Präventionsprogramm, das sehr früh ansetzt und sehr breit wirkt. Es will bereits den Einstieg in die Szene verhindern oder Personen helfen, die ihre ersten Schritte hinein in die Szene unternehmen. Für Personen, die bereits fest in der Szene verankert sind und einen Ausweg aus dieser suchen, steht ein Aussteigerprogramm des Ministeriums mit individuellen Hilfsangeboten zur Verfügung.

An wen richtet sich Wegweiser?

An Wegweiser können sich alle wenden, die Fragen zu den Themen extremistischer Salafismus und Radikalisierung haben oder konkrete Unterstützung benötigen:

- Eltern, die befürchten, dass sich ihr Kind radikalisiert haben könnte.
- Freunde, Lehrer, Schüler, Sozialarbeiter oder Arbeitskollegen, die Veränderungen bei einer Person feststellen, und diese nicht einordnen können.
- Institutionen wie z.B. Schulen, Jugendeinrichtungen sowie Behörden, die Hilfestellung und Informationen zum Thema extremistischer Salafismus wünschen.

Das Bestreben der Wegweiser-Betreuer ist es, möglichst frühzeitig Kontakt zu dem Betroffenen aufzunehmen und Hilfe für einen Lösungsprozess anzubieten.

Welche Rolle übernimmt der Verfassungsschutz bei dem Programm?

Der Verfassungsschutz initiiert die Einrichtung von Wegweiser-Anlaufstellen vor Ort und finanziert sie in der Folge. Er fördert einen breiten Ausbau der Netzwerke, bringt bei Bedarf sein Wissen zum extremistischen Salafismus ein und sensibilisiert relevante Stellen für das Thema. Er finanziert und koordiniert die örtlichen Anlaufstellen und initiiert zudem den weiteren Ausbau der Netzwerke. Die Beratungsarbeit vor Ort findet unabhängig vom Verfassungsschutz unter Wahrung von Vertraulichkeit statt.

Welche Vorteile verspricht die Einbindung lokaler Experten?

Basis von Wegweiser ist die Vernetzung der gesellschaftlich relevanten Akteure vor Ort. Es ist gelungen, unterschiedliche Netzwerkpartner zusammen zu bringen. Sie kennen die Gegebenheiten ihrer Stadt am besten. Jeder von ihnen steht für eine besondere fachliche Expertise, die je nach Fallkonstellation gezielt eingebracht wird. Bei Bedarf ist so eine konkrete, schnelle und wirksame Hilfe direkt vor Ort gewährleistet. Vorhandene Strukturen werden genutzt und keine weitere doppelte Struktur geschaffen.

Welche Stellen sind vor Ort neben den Projektträgern beteiligt?

Vor Ort sind zum Beispiel kommunale Behörden wie das Jugendamt, Schule, Polizei, Sozialverbände, Jobcenter, Migrantenselbstorganisationen, Moscheegemeinden und weitere gesellschaftlich aktive Vereine an Wegweiser beteiligt. Diese werden einzelfall- und problembezogen eingebunden. Da es sehr vielfältige Problemlagen gibt, die Gründe und Ursachen für die Radikalisierung gerade junger Menschen sein können, sind viele verschiedene Stellen zur Problemlösung notwendig.

Wie arbeiten lokale Projektträger und Verfassungsschutz zusammen?

Der Verfassungsschutz ist in die vertrauliche Beratungstätigkeit der Betreuer vor Ort nicht eingebunden und setzt auf die gut ausgebildete Fachkompetenz im Sozialraum. Der Verfassungsschutz ist einer von vielen Partnern innerhalb des Experten-Netzwerks. Seine Aufgabe besteht darin, dass er bei Bedarf seine Expertise im Bereich extremistischer Salafismus einbringt und beispielsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Ämter oder Lehrkräfte für die Thematik sensibilisiert.

In welchen Städten gibt es Wegweiser-Ansprechpartner?

Derzeit gibt es in Bochum, Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf und Köln, sowie für den Kreis Wesel in Dinslaken und für das Bergische Land in Wuppertal Ansprechpartner vor Ort.

Ratsuchende aus anderen Regionen können sich auch direkt an Wegweiser beim MIK/Verfassungsschutz wenden (Kontakt Daten unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/islamismus/wegweiser/projektpartner.html).



Ist eine Ausweitung von Wegweiser auf andere Regionen geplant?

Ja, wenn die Netzwerkstrukturen stehen, sollen Anlaufstellen in weiteren Regionen bzw. Städten eingerichtet werden. Geplant ist in 2016 die Ausweitung auf Aachen, Essen, Mönchengladbach, Münster und Ostwestfalen-Lippe.

Welche Angebote stehen für Betroffene und ihr Umfeld zur Verfügung?

Wegweiser

- schafft einen Raum für vertrauliche Gespräche,
- bietet individuelle Hilfe bei der Lösung von Problemen,
- aktiviert zielgerichtet und passgenau erforderliche Experten,
- vermittelt bei religiösen Fragen beispielsweise den Dialog mit Imamen,
- berät das soziale Umfeld (z. B. Eltern, Freunde, Lehrer)
- begleitet verantwortlich den gesamten Beratungsprozess,
- hilft kostenlos.

Die Betreuer in den Anlaufstellen bieten Ratsuchenden vertrauliche, passgenaue und konkrete Hilfe und Information an. Sie analysieren die individuelle Situation und koordinieren die konkreten Schritte. Die Betreuer weisen den Weg zu den zuständigen Stellen, begleiten bei Terminen oder nehmen Kontakt mit Experten auf. Bei Bedarf bringen sie die örtlichen Experten zusammen, die zu

einer Problemlösung erforderlich sind, damit gemeinsam ein abgestimmtes Vorgehen vereinbart werden kann. Beispielhafte Situationen, in denen Berater zur Hilfe herangezogen werden können:

- Ein Lehrer beobachtet, dass ein Schüler sich zunehmend aus dem Klassenverband zurückzieht. Neben seinem sozialen Verhalten ändert er auch sein äußeres Erscheinungsbild und lässt radikale Ansichten verlauten. Der Lehrer ist verunsichert und besorgt. Er sucht ein Wegweiser-Beratergespräch, um die Veränderungen des Schülers einordnen zu können. Danach kann der Lehrer auch den Schüler oder die Eltern auf die Wegweiser-Beratungsstelle verweisen.
- In einem anderen Fall meldet sich ein junger Mann beim Wegweiser-Büro und erzählt, dass sein Freund immer mehr mit dem Gedanken spielt, in einem islamischen Land leben zu wollen, da ihn in Deutschland nichts mehr hält. Er selbst komme mit Gegenargumenten nicht mehr weiter. Der Freund finde seit zwei Jahren keine Ausbildungsstelle und verbringe daher die meiste Zeit des Tages im Internet und lasse sich von Internetpropaganda anstecken. Der Wegweiser-Betreuer organisiert ein erstes Treffen mit den Freunden; im weiteren Verlauf kann auch ein Mitarbeiter des Job-Centers einbezogen werden. Sollten im Verlauf der Beratung Hinweise auf eine mögliche geplante Ausreise in ein Kriegsgebiet vorliegen, werden zudem die Sicherheitsbehörden hinzugezogen.

Wie sind die Kommunen und die lokale politische Ebene eingebunden?

Es ist den Kommunen und örtlichen Entscheidungsträgern überlassen, in welcher Form sie sich an Wegweiser beteiligen und auch wo und wie die lokalen Anlaufstellen angebunden werden. Die Zustimmung und Unterstützung der Stadtspitze sowie der relevanten Ämter und politischen Entscheidungsträger ist jedoch wichtig für das Gelingen des Programms vor Ort.

Welche Kosten entstehen dem Land durch das Programm?

Das MIK finanziert die Einrichtung und den laufenden Betrieb der Anlaufstellen sowie die Betreuer. Je nach den Verhältnissen vor Ort können sich die Kosten für eine Stadt auf bis zu 80.000 Euro belaufen. Das Geld muss vom Landtag für das jeweilige Haushaltsjahr bewilligt werden. Jeder Euro ist es wert, wenn Menschen dabei geholfen wird, nicht in die Radikalisierungsfalle zu laufen.

Ist das Programm befristet?

Nein, denn Prävention kann nur wirken, wenn Programme auf längere Sicht angelegt sind. Fortführung und Ausweitung des Programms sind abhängig vom fachlichem Bedarf und der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel.

Wird es eine Evaluierung geben?

Ja, eine Evaluierung ist vorgesehen. Das Programm wurde zunächst in drei Modellkommunen gestartet und wird weiter ausgebaut. Da aufgrund des neuen Ansatzes keinerlei Erfahrungswerte vorliegen, ist es wichtig, bereits vor einer Evaluierung bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen.

Wo kann man sich über das Programm und die Projekte vor Ort informieren?

Informationen zum Programm bieten die Webseiten des Ministeriums unter **www.wegweiser.nrw.de**. Von dort gelangen Interessierte auch zu den Web-Angeboten der lokalen Projektpartner.

